

links



Klartext zur Politik
im Kanton St.Gallen
www.sp-sg.ch
Juni 2021 Nr. 2

Editorial

Inhalt



Von SP-Parteipräsident Max Lemmenmeier, St.Gallen

Nach zwei gescheiterten Versuchen beschloss der Bundesrat, die Standorte St.Gallen und Buchs ins Netzwerk der nationalen Innovationsparks aufzunehmen. Das Lob in den Medien und von der Wirtschaft war gross. Doch es gab kein Wort darüber, dass dies erst mit zehnjähriger Verspätung geschieht, nachdem bürgerlich geführte Departemente und der bürgerlich dominierte Kantonsrat es über Jahre verpasst hatten, das Projekt mit dem nötigen Einsatz und einer grosszügigen Anschubfinanzierung auf Kurs zu bringen.

Verspätung und Dauersparen anstatt Investitionen sind die Merkmale der letzten Jahrzehnte. Auch in der Digitalisierung der Bildung war der Kanton St.Gallen führend, bis Sparpakete die Entwicklung zurückwarfen. Mit einem Jahrzehnt Verspätung startete dann die IT-Bildungsoffensive. Und nun wiederholen die Politiker*Innen von SVP, CVP und FDP, die sich gerne innovativ gebärden, zum x-ten Mal denselben Fehler: Ohne Not verpassen sie dem Kanton ein Abbaupaket von 120 Millionen Franken. Angesichts der anstehenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme als Folge von Coronapandemie und Klimakrise genau der verkehrte Weg.

Die SP wehrt sich mit aller Kraft gegen diesen die Krise verschärfenden Staatsabbau. St.Gallen muss im Gegenteil investieren und die Strukturen modernisieren. Nötig sind Investitionen in die ökologische Energieproduktion, in klimaverträgliche Gebäude, in den öffentlichen Verkehr, in die Ausbildung und Umschulung der Arbeitskräfte, in die Beseitigung veralteter Gemeindestrukturen usw. Anstatt einen rückwärtsgewandten Sparkurs zu verfolgen, sollten alle vernünftigen politischen Kräfte unseren Wohlstand mit einer kreativen und mutigen Investitionsstrategie mehren.

Max Lemmenmeier, Präsident SP Kanton St.Gallen



10

- 2 Corona**
Ja zum neuen Covid-19-Gesetz
- 3 St.Galler Kantonsrat**
Wortbruch der bürgerlichen Parteien
- 4 Osterkrawalle**
Der Geist der Hardliner lebt weiter
- 6 Umwelt**
Wie gefährlich ist der Rauch der Flumroc AG?
- 8 Max Lemmenmeier**
Der SP-Parteipräsident tritt zurück und zieht Bilanz
- 10 Balgach**
Eine Rheintaler Gemeinde spart auf Kosten der Bevölkerung
- 12 Frauenförderung**
So können sich Frauen besser durchsetzen – auch in der SP
- 13 AHV21**
Auch die neue Vorlage hat eine massive Schiefelage



Bild: iStock.com

Restaurants mussten während der Pandemie schliessen. Sie sind auf Staatshilfe angewiesen.

Keine Hilfen ohne Gesetz

Ein Ja am 13. Juni zum Covid-19-Gesetz ist auch ein Ja zur Krisenbekämpfung. Denn ohne Gesetz gibt es auch keine Hilfen.

Während des Lockdowns wurden ganze Berufszweige einfach stillgelegt. Im geltenden Epidemien-gesetz sind keine finanziellen Hilfen vorgesehen. Aber der Bundesrat kann solche gestützt auf die Verfassung per Notrecht veranlassen. In Rekordzeit konnten so Bund und Kantone die Wirtschaft mit Krediten und Bürgschaften stützen.



Von SP-Nationalrätin Claudia Friedl, St.Gallen

Vom Notrecht zum Gesetz

Notrecht ist jedoch auf sechs Monate beschränkt. Deshalb schuf das Parlament ein dringliches, befristetes Gesetz und verabschiedete dieses im September 2020. So konnten die Entscheidungen des Bundesrats demokratisch legitimiert werden, das Parlament konnte mitentscheiden. Bereits im Dezember wurde das Gesetz dem Verlauf der Pandemie entsprechend angepasst, und auch jetzt liegt eine weitere Anpassung vor.

Gegen dieses Gesetz ergriff der rechtslastige und SVP-nahe Verein «Freunde der Verfassung» das Referendum, weshalb es nun am 13. Juni zur Abstimmung kommt. Aber was würde bei einem Nein zum Gesetz geschehen? Das ganze Gesetz mit allen Anpassungen würde als Notrecht am 25. September 2021 auslaufen. Nach diesem Datum wären nur noch gesundheitliche Massnahmen gestützt auf

das Epidemien-gesetz möglich. Das heisst, dass der Bundesrat bzw. die Kantone weiterhin Läden, Restaurants und Kulturstätten schliessen oder Veranstaltungen verbieten könnten.

Nicht mehr möglich wären jedoch die Entschädigungen für Kurzarbeit für Angestellte und der Erwerbsausfall für Selbständige, die Beteiligungen des Bundes an kantonalen Härtefallhilfen oder die Unterstützung der familien-ergänzenden Kinderbetreuung, für Kulturschaffende, Kulturanlässe, Sport oder für Medien-Hätte dieses Referendum Erfolg, wäre das ein absoluter Kahlschlag für alle Entschädigungen für das von Schliessungen betroffene Gewerbe (Härtefallzahlungen, Erwerbsersatz) und die arbeitsplatzsichernden Massnahmen, insbesondere die Verlängerung der Kurzarbeit sowie die Erhöhung der Taggelder in der Arbeitslosenversicherung.

Wofür die SP kämpfte

Die SP hat viele wichtige Massnahmen im Covid-19-Gesetz eingebracht und sich stark für den Lohnschutz und die Arbeitsplatzsicherung eingesetzt. So auch für die Verlängerung der Bezugsdauer von Taggeldern der Arbeitslosenversicherung und der Kurzarbeitszeitentschädigung. Wir haben dafür gekämpft, dass die Kurzarbeitsentschädigung bei Einkommen von unter 4500 Franken nicht auf 80 Prozent gekürzt wird. Nach

zähem Ringen wurde dies beschämenderweise nur für die tiefsten Einkommen bis 3470 Franken (!) gewährt.

Wir haben uns für die Senkung der Ausfallsschwellen bei der Härtefallregelung für KMU und Gewerbe eingesetzt. Wir hätten grundsätzlich ein echtes Entschädigungsmodell bevorzugt, das näher an der Realität ist. Immerhin können nun Betroffene einen Teil ihrer Fixkosten decken. Nicht durchgekommen sind wir in den monatelangen Debatten um eine Reduktion der Geschäftsmieten. Jetzt fliessen viele Härtefallgelder einfach direkt in die Kassen der Immobilienbranche.

Gesetz ist nötig

Wir brauchen dieses Gesetz. Es hilft, die wirtschaftlichen Folgen der Gesundheitskrise so gut wie möglich zu bewältigen und Konkurse zu verhindern, Arbeitsplätze zu erhalten und Existenzen zu sichern. Ein Nein zu diesem Gesetz würde wiederum bedeuten, dass alle Erwerbschaften und Unterstützungsleistungen auf Ende September eingestellt werden müssten. Die SP steht aus Überzeugung hinter dem Covid-19-Gesetz. Wir verlangen aber zusätzlich, dass sich die Schweiz international stark engagiert, damit auch ärmere Länder aus der Krise kommen. Eine Pandemie besiegt man nur global.

Wortbruch der Bürgerlichen

Die rechte Mehrheit im Kantonsrat will unseren Staat massiv abbauen. Und vergisst dabei ihre Versprechungen beim letzten Steuerkompromiss.



Von Bettina Surber,
SP-Fraktionspräsidentin,
St. Gallen

Mit der Beratung des Aufgaben- und Finanzplans hat die rechtsbürgerliche Mehrheit im Kantonsrat der Regierung im Ferbruar den Auftrag erteilt, ein Sparpaket von 120 Millionen zu schnüren. Die Regierung hatte sich bereits selbst eine Pflicht zum Sparen auferlegt. Die Finanzkommission und mit ihr der Kantonsrat, befeuert vom Wunsch auf baldige Steuerensenkungen, schalteten noch einen Gang höher: Schneller soll es gehen mit dem Sparen, sofortiger Staatsabbau wird gefordert. Begründet werden die Abbaupläne mit einem angeblichen strukturellen Defizit im Umfang von 120 bis 160 Mio. Franken, in das der Kanton in den kommenden Jahren unweigerlich laufe.

Notorisch zu tief

Betrachtet man die Rechnungsabschlüsse der letzten drei Jahre, 2018 bis 2020, so lässt sich Folgendes feststellen: Für das Jahr 2018 war ein positives Ergebnis im Umfang von 0.4 Mio. Franken budgetiert worden. Effektiv resultierte in der Rechnung ein Überschuss von 192.1 Mio. Franken. Die Rechnung 2019 schloss um 107 Mio. besser ab als budgetiert. Operativ resultierte gegenüber dem Budget gar eine Verbesserung von 213.3 Mio. Die Rechnung 2020 schliesslich weist einen Überschuss von 179 Mio. aus, gegenüber dem Budget eine Besserstellung um 153 Mio. Von diesem Ergebnis bereits abgezogen ist eine Einlage ins besondere Eigenkapital im Umfang der zusätzlichen Gewinnausschüttung der Nationalbank von 79.3 Mio. Operativ, ohne diesen und weitere Sondereffekte, hätte die Rechnung sogar um rund 192 Mio. besser abgeschlossen, als budgetiert.

Diese Zahlen zeigen eindrücklich: Der Kanton budgetiert notorisch zu tief und erzielt in der Rechnung hohe Überschüsse. Der Druck auf den Haushalt und die Ausgaben wird mit dieser Strategie

ständig hoch gehalten und mündet nun in die Forderung nach einem weiteren Sparpaket. Anstatt die Einnahmen und insbesondere die Gewinnausschüttung der Nationalbank umfassend zu budgetieren, soll nun Abbau betrieben werden.

Dies ausgerechnet in der aktuellen Situation, in der die Bewältigung der Corona-Pandemie viele Menschen und Betriebe in existenzielle Schwierigkeiten bringt. Das Sparpaket wird weitreichende Folgen haben, im Bereich der sozialen Sicherheit, in der Bildung oder für den ökologischen Umbau. Anstatt den Menschen in unserem Kanton jetzt Stabilität zuzusichern, wird Unsicherheit geschürt und Abbau betrieben.

Sie wollen nur die Steuern senken

Der Kanton verfügt nach dem positiven Rechnungsabschluss 2020 über eine Eigenkapitalbasis von 1.3 Milliarden Franken, und es können allfällige coronabedingte Ausfälle und Mehraufwände finanziert werden. Die SP hat nach der Bekanntgabe des Rechnungsabschlusses daher mindestens das Aussetzen des Sparpakets gefordert. Jedoch vergeblich: Die rechtsbürgerliche Mehrheit weicht keinen Millimeter von ihrem Abbaukurs

ab, und sie entlarvt in jeder Diskussion ihre wahren Beweggründe: Am Ende geht es darum, den Staat abzubauen, um anschliessend die Steuern senken zu können.

Apropos Steuerensenkung: Die letzte massive Steuerensenkung hat der Kanton mit der Senkung des Steuersatzes für Unternehmen im Rahmen des Steuerkompromisses 2018 vorgenommen. Gegenstand dieses Kompromisses war neben der Verständigung auf soziale Ausgleichsmassnahmen auch die Zusage, dass die Steuerreform zu keinem Sparpaket führen darf, sondern über Bezüge aus dem Eigenkapital zu finanzieren ist. In den aktuellen Berechnungen der Regierung sind die Ausfälle aus der Steuerreform ganz selbstverständlich eingerechnet – und es sind diese nun Grund für die geplanten Sparmassnahmen. Damit wird das Wort aus dem Steuerkompromiss gebrochen. Die SP akzeptiert dies nicht und wird sich weiterhin mit aller Kraft für das Einhalten der damaligen Zusagen einsetzen.



Montage: links

Das alte Geist lebt weiter

Mit massivster Repression hat die St.Galler Stadtpolizei auf die Osterkrawalle reagiert. Dabei hat sich die einstige linke Kritik am Wegweisungsartikel bewahrt.

Krawalle gibt es in St.Gallen nur äusserst selten. Zumindest in den letzten Jahrzehnten waren kaum je solche zu verzeichnen. Insofern waren die jugendlichen Osterkrawalle eine absolute Ausnahmeerscheinung. Kein Grund, deswegen ins grosse Lamento über steigende Gewaltbereitschaft zu verfallen. Vielmehr stellt sich die Frage nach den Gründen, die zu den Vorfällen geführt haben.

Eingesperrte Jugend

Wenn sich die Jugend eingesperrt fühlt, ist mit Reaktionen zu rechnen. Erst recht, wenn diese Einsperrung über längere Zeit erfolgt. Dass an einem längeren Lockdown in Zeiten von Pandemie kein Weg vorbeiführt, werden nur notorische Corona-Leugner*innen bestreiten. Umso wichtiger wären daher Sensibilität und Augenmass in der polizeilichen Bewältigung dieser Ausnahmesituation gewesen. Daran liessen es aber gerade die Ordnungskräfte offensichtlich missen. Im Vorfeld der Krawalle gab es etliche Interventionen der Stadtpolizei gegen feiernde Jugendliche. Nicht nur auf den Dreiweihern, sondern auch andernorts.

Gemäss Berichten von Betroffenen staute sich im Vorfeld schon erheblicher Frust und Ärger an. Es ist dann nicht mehr weit bis zu Verbalattacken und Hass-Posts im unregulierten Raum von Social Media. Am Schluss dieser Kette stehen Protestaufrufe gegen die Zurechtweisungen und die Repression der Ordnungskräfte. Die kollektive Durchschlagskraft von sozialen Medien ist spätestens seit dem Arabischen Frühling wohlbekannt.

Ein Schock

So hatten die Osterkrawalle auf dem Roten Platz in St.Gallen ihr Vorspiel im sozialen Untergrund. Ein Eskalationspotenzial war bereits gegeben. Es brauchte nur noch die Initialzündung durch die erwähnte Polizeiintervention auf Dreiweihern. Der Frust entlud sich dann auf dem Roten Platz mit den bekannten Sachbeschädigungen. Diese hielten sich zwar in

gewissen Grenzen, sie waren aber für st.gallische Verhältnisse ein Schock. Auf diese Situation reagierte die Stadtpolizei mit umfassender Repression. Hunderte von wahllos verteilten Wegweisungen an ankommende Jugendliche am Hauptbahnhof und im Stadtumfeld sollten jeglichen weiteren Gewaltausbruch im Keim ersticken. Was auch gelang.

Ein Blick zurück zeigt, wozu das polizeiliche Instrument der Wegweisung jetzt herhalten musste. Die Möglichkeit der Wegweisung ist jetzt fünfzehn Jahre alt. Im Juni 2005 hiess das Volk das neue Polizeireglement gut. Gegen grosse Widerstände aus dem linken, aber auch aus dem Kulturlager. Damals waren noch Wegweisungen für höchstens 14 Tage vorgesehen. Später wurden daraus via kantonales Polizeigesetz schon 30 Tage. Die Wegweisungen waren seinerzeit vor allem gegen sozial Randständige und Drogenabhängige gemünzt. Sie sollten als störende Elemente aus der aufgerüsteten Konsum-City verdrängt werden. Eine Art von sozialer Gentrifizierung. Schon damals war aber auch vom trinkfreudigen und lautstarken Ausgehvolk aus der ganzen Region die Rede, das als neues Problem am Horizont auftauchte.

Geprägt waren die Debatten von Vorstellungen, die der damalige Polizeichef Pius Valier so zum Besten gab: St.Gallen solle zur «sichersten und saubersten Stadt am Bodensee» werden. Die Gegner*innen von gesetzlichen Verschärfungen, darunter auch die SP, mussten sich Beschwichtigungen anhören, wonach Wegweisungen nur verhältnismässig und keineswegs exzessiv angewendet würden. Die seitherige polizeiliche Praxis bleibe hier dahingestellt. Wegweisungen von Wochenend-Alkoholleichen wurden keine bekannt, wohl aber gegen Drogenabhängige und andere sozial Unangepasste. Die jüngsten Ostervorfälle haben aber deutlich gezeigt, was von den Beteuerungen zur Verhältnismässigkeit politisch zu halten ist: Bei verschärften Rahmenbedingungen sind sie sofort wieder vergessen.

Es ist nicht zu leugnen, dass die Stadtpolizei im Bestreben, jegliche Krawallfortsetzung zu verhindern, am Abend des Ostersonntags mit der grossen Keule auffuhr. Noch nie kreiste ein Polizeihelikopter über der Stadt, raubte der Bevölkerung den Schlaf und signalisierte so ohrenbetäubend wie aggressiv den Ausnahmezustand. Das polizeiliche Arsenal erinnerte eher an Feldzüge gegen kriminelle Drogenbanden in US-Grossstädten als an gewohnte schweizerische Polizeiarbeit. Die grossflächige Verteilung von rund 650 Wegweisungen passte in dieses Bild. Alle, die gerade am falschen Ort zur falschen Zeit aus welchen Gründen auch immer anwesend waren, kassierten Strafandrohungen zum Wegweisungs-Maximaltarif von 30 Tagen und ebenso für den grösstmöglichen Rayon der ganzen Stadt.

Höchst fragwürdig

Eine grundrechtlich höchst fragwürdige Praxis. Denn Wegweisungen und Fernhaltungen sind nur auf begründeten Verdacht hin möglich. Dass ein Verdacht auf Gefährdung der öffentlichen Sicherheit schon gegeben sei, wenn sich jemand am Bahnhof im Dunstkreis möglicher Ereignisse aufhält, kann kaum einsichtig behauptet werden. Das war wohl auch der Stadtpolizei selber bewusst, vor allem angesichts der absurden Konsequenzen ihres Vorgehens. Kriebste sie doch tags darauf zurück und bot allen zu Unrecht Sanktionierten, vorab denjenigen, die in der Stadt selber wohnen und daraus ja gar nicht weggewiesen werden können, die Rücknahme oder zumindest die Relativierung der Wegweisung an.

Dem zweifelhaften Geschehen lag offenkundig das Prinzip zu Grunde, dass der Zweck alle Mittel heilige. Staatsrechtler wie Prof. Daniel Möckli von der Uni Zürich setzen deshalb hinter die Verhältnismässigkeit der polizeilichen Intervention grosse Fragezeichen. Andere halten sie sogar für gänzlich gesetzwidrig. Gegen einzelne Verfügungen sind beim Justiz- und Polizeidepartement Rekurse

orkrawalle von Jugendlichen reagiert. hrheitet.



Bild Saiten / Gian Kohler



Ungewohnte Szenen für St. Gallen: Die Osterkrawalle brachten eine bisher nie gesehene Eskalation polizeilicher Intervention.

eingegangen, die ihrerseits ans Verwaltungsgericht und an höhere Instanzen weitergezogen werden können. Somit ist noch eine gerichtliche Klärung des österreichischen Polizeieinsatzes zu erwarten.

Der Geist der Hardliner

Es wäre nicht das erste Mal, dass einer rabiaten Praxis der Stadt die rechtlichen Grenzen aufgezeigt würden. So wehrte sich die GSoA im Jahr 2009 gegen kleinliche Restriktionen der Stadtpolizei beim Unterschriftensammeln. Die GSoA musste bis vors Bundesgericht ziehen, um dort endlich Recht zu erhalten. In der verqueren polizeilichen Optik erscheinen be-

reits Unterschriftensammler*innen als Störfaktoren, die den freien Fluss der konsumwilligen Massen in den Gassen behindern. Solche Urteile höherer und auswärtiger Instanzen haben die Kontrollwut bei der städtischen Polizeibehörde anscheinend nicht gedämpft. Der Geist der Hardliner lebt weiter.

Das wirft die Frage nach der politischen Führung auf. Denn die Ereignisse an Ostern vermittelten das Gefühl, als sei die Polizei allein «the master of the ceremony». Eine politische Führung der Ordnungskräfte war kaum wahrnehmbar. Nur die Präsenz von Stadtpräsidentin Maria Pappa, die sich beherzt an die

Front begab und dadurch dem Willen zum Dialog und zur politischen Bewältigung sozialer Probleme symbolisch Ausdruck verlieh, milderte den Eindruck, dass jetzt allein die Polizei die Stadt regiere. Die grünliberale Stadträtin Sonja Lüthi als politisch direkt Verantwortliche bot nicht das Bild einer führungsstarken Politikerin. Vielmehr gab sie unkritisch die Rechtfertigungen der Polizei wieder. Womöglich wird es im Stadtparlament noch eine Diskussion über die Vorfälle absetzen. Dann wird sich allenfalls zeigen, wie die Qualitäten zum Krisenmanagement in der Stadtregierung verteilt sind.

Ralph Hug



Bild: zvg

Das Seetal ist regelmässig vom Rauch des Steinwolle-Produzenten Flumroc AG eingehüllt.

Schadet der Rauch der Gesundheit?

Das in Flums ansässige Grossunternehmen Flumroc AG produziert inmitten des Wohngebietes Steinwolle.

Dabei entstehen verschiedene Schadstoffe. Sind sie gefährlich?

Ein blauer Rauch (im Fachwort «blue haze») schwebt regelmässig über dem Seetal. Dieser entweicht aus dem Hauptkamin der Flumroc AG und lässt die Bevölkerung der umliegenden Gemeinden in Sorge um die gesundheitlichen Auswirkungen.



Von Katrin Schult-hess, SP-Kantonsrätin, Grabs

Je nach Wetterlage verbreitet sich der blaue Rauch über andere Dörfer des Sarganserlands – je nach Wind mal bis über Quarten hinaus oder bis nach Sargans. Erleben wir schon seit Jahren ein blaues Wunder, ohne uns dessen bewusst zu sein?

Gefährlicher Feinstaub

Der Rauch sei nicht gesundheitsgefährdend, beteuert nun die Flumroc in einem Bericht vom 24. November 2020. Gut unterrichtete Quellen sagen jedoch etwas anderes: Es wäre ziemlich unwahrscheinlich, wenn der blaue Dunst nicht gesundheitsschädigend wäre. Denn entscheidend ist die Zusammensetzung. Im blauen Dunst hat es neben den Salzkristallen noch andere Stoffe, insbesondere stark gesundheitsschädigenden Feinstaub. Dieser ist viel kleiner als normaler Staub.

Während normaler Staub vom Körper abgewehrt wird, zum Beispiel von den Haaren in der Nase, kann Feinstaub nicht oder zu wenig vom Körper abgewehrt werden. Er kann in Lunge, Blut oder sogar in die Erbsubstanz gelangen und gefährliche Krankheiten wie zum Beispiel

Krebs verursachen. Um die Bevölkerung vor dieser Gefahr zu schützen, schreibt der Bund vor, dass Betriebe von der Grösse der Flumroc ihre Emissionen, also die am Kamin ausgeschiedenen Ablüfte, kontinuierlich messen und aufzeichnen müssen.

Dabei wird der Verlauf des Gehalts von Stickoxiden, Schwefeldioxyden, gasförmigen organischen Stoffen und Feinstaub minutiös protokolliert. Kontrollieren muss diese Messverläufe der Kanton. Dabei dürfen die Tagesmittelwerte der Emissionen die Grenzwerte nie überschreiten, und die Stundenmittelwerte dürfen diese Grenzwerte nur mit strengen Grenzen ausnahmsweise überschreiten. Die Flumroc berichtet, dass die Beschaffenheit des Salzes mit dem kantonalen Amt für Umwelt und einem renommierten Messinstitut analysiert und als unbedenklich eingestuft worden sei. Den blauen Rauch gibt es nur, wenn es keinen brauchbaren oder gar keinen Partikelfilter gibt. Man kann das mit dem Filter bei den Zigaretten vergleichen: Da bleibt der Rauch auch blau, der Feinstaub wird nicht rausgefiltert. Dieser gelangt direkt in die Lunge und ist deshalb eben auch gesundheitsschädigend.

Warum ein Filter?

Man wundert sich schon ein bisschen: Wenn dieser Bericht vollständig positiv gewesen wäre, dann müsste die Firma auch keinen Filter einbauen. Viele KMU und Gemeinden der Region, die einen Holzkessel betreiben, haben in den letzten Jahren beträchtliche Summen in Fil-

teranlagen investiert, um die Grenzwerte einzuhalten. Wir würden ja gerne glauben, dass die Flumroc jetzt einen teuren Filter nur aus ästhetischen Gründen einbaut. Also nur, damit die Bevölkerung nicht mehr wegen des blauen, aber sonst angeblich völlig unbedenklichen Rauches verunsichert ist.

Wir glauben dies aber erst, wenn wir die Messwertreihe für den Feinstaub vor uns haben. Mit einem Brief datiert vom 26. März an das Amt für Umwelt fordern wir nun die Herausgabe sämtlicher Messberichte, die wir einsehen und analysieren wollen. Ich habe im Kantonsrat zusammen mit Bernhard Hauser aus Sargans bereits am 16. November 2020 eine Interpellation eingereicht, um von der Regierung zu erfahren, ob dieser Rauch möglicherweise gefährliche Folgen hat, denen die Wohnbevölkerung des Sarganserlands ständig ausgesetzt ist.

Die vor kurzem vorgelegten Messberichte bestätigen nun, dass bereits 2010 Feinstaubprobleme festgestellt wurden. Auf einen Einbau einer effektiven Filteranlage wurde jedoch aus diversen Gründen verzichtet. Mehrere Baugesuche bezüglich Sanierungsvorhaben wurden in der letzten nützlicher Frist nicht umgesetzt. Aus welchen Gründen, dazu fehlt eine verbindliche Antwort der Regierung.

Die Flumroc plant nun gemäss den Angaben eine umfangreiche Sanierung, die mit 70 Mio. Franken Kosten bis 2023 umgesetzt werden muss. Diese Vorgaben hat das Amt für Umwelt bestätigt. Wenn dies nicht realisiert wird, drohen dem Betrieb Sanktionen.

Mit Mut in eine sozial-ökologische Zukunft

Nach fünf Jahren blickt der zurücktretende Parteipräsident Max Lemmenmeier mit Zuversicht nach vorne.

Die SP des Kantons St.Gallen ist die fünftstärkste Kantonalpartei der SP Schweiz. Sie stellt zwei Nationalrätinnen, einen Ständerat und zwei Mitglieder der Kantonsregierung. Sie ist eine starke politische Kraft im Kanton, und sie kann noch weiter wachsen.



Von SP-Parteipräsident Max Lemmenmeier, St.Gallen

Ein starker Staat

Welches sind jetzt die Aufgaben und Ziele der Sozialdemokratie? Die Erfahrungen der Corona-Pandemie haben eines deutlich gemacht:

Wir brauchen einen starken, fürsorglichen Staat. Wir haben uns nachhaltig für eine solidarische Hilfe an alle Gruppen eingesetzt und wir müssen das weiter tun. In der historischen Perspektive waren jene Gesellschaften am erfolgreichsten, die alle Gruppen integrieren konnten. Dies bedeutet: kein Abbau der staatlichen Leistungen, weitere soziale Ausgleichsmassnahmen durch Erhöhung der Mittel für die Prämienverbilligung, sowie durch Schaffung von Ergänzungsleistungen für Working-Poor-Familien anstelle von stigmatisierender Sozialhilfe.

Der soziale Ausgleich wird das zentrale Thema des 21. Jahrhunderts sein. Die SP muss dieses Thema in der Finanz- und Steuerpolitik ins Zentrum stellen. Nur so lässt sich im Kanton und in der Schweiz die Zukunft gestalten. Kämpfen wir entschlossen für die 99%-Initiative, kämpfen wir weiter für die Gleichstellung von Mann und Frau, kämpfen wir weiter gegen jede Form von Rassismus!

Für alle Gesellschaften stellt sich die zentrale Frage, wie das wirtschaftliche Ergebnis verteilt wird. Der wirtschaftliche Erfolg einer Gesellschaft ist die Konsequenz eines Zusammenspiels vielfältiger Akteur*innen. Und es ist nicht so, dass jene, die Dividenden und Boni einheimsen, den grössten Anteil zum Erfolg beigesteuert haben. Dies wurde in der Pandemie überdeutlich: Systemrelevant waren die Mitarbeitenden in Verkauf und



Politik für alle: Der soziale Ausgleich ist das zentrale Thema des 21. Jahrhunderts.

Pflege. Wenn wir den gesellschaftlichen Reichtum gerecht verteilen, müssen wir die kantonalen Steuern so ausgestalten, dass ein horizontaler Finanzausgleich dafür sorgt, dass reiche Gemeinden direkt zugunsten von armen Gemeinden zur Kasse gebeten werden.

Klimaschutz verstärken

Angesichts der Klimaerhitzung wird die Verteilungsfrage noch viel stärker in den Vordergrund treten. Das CO₂-Gesetz ist ein erster kleiner Schritt in Richtung Klimaschutz. Es führt zu einer gewissen Reduktion der Treibhausgasemissionen. Damit erfüllt die Schweiz die Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaschutzabkommen, und es ergeben sich daraus

wichtige wirtschaftliche Vorteile. Aber das CO₂-Gesetz genügt nicht, weitere Schritte müssen folgen. Und diese Schritte müssen sozial gerecht sein. Bis jetzt ist die Sozialdemokratie der Logik der Marktwirtschaft gefolgt, weil nur so bescheidene Schritte möglich waren. Aber langfristig ist die Strategie der Verteuerung keine Lösung. Sie zwingt vor allem die weniger verdienenden Arbeiter*innen und Angestellten zur Reduktion des Energieverbrauchs, die Reichen können sich weiterhin eine exzessive Verschwendung von Ressourcen leisten.

Die Sozialdemokratie muss sich von dieser bürgerlichen Strategie lösen. Gebote und Verbote sind die gerechteste Lösung: keine Ölheizungen mehr, ▶

Danke, lieber Max!

Kämpferisch, blitzgeschwindigkeit, visionär: Max Lemmenmeier tritt nach fünf Jahren als Präsident der SP des Kantons St.Gallen zurück. Eine Würdigung seines Wirkens.



Von Guido Berlinger-Bolt, Politischer Sekretär SP Kanton St.Gallen

Max Lemmenmeier ist, was sehr viele Genoss*innen sind: kämpferisch. Gemeinsam mit uns focht er viele politische Kämpfe für die sozialdemokratischen Werte und gegen den rechtsbürgerlichen Polit-Mainstream aus. Er war damit nicht einfach der Präsident seit 2016, der Kopf der Partei, der Versammlungsleiter. Er verstand sich immer als ein Teil der Bewegung für den Sozialismus. Der Stadt-Galler Max Lemmenmeier fand so auch rasch den Kontakt zu den Genoss*innen in Rapperswil, Buchs, Rheineck oder Wattwil.

Sozialpolitische Impulse

2016 war Max Lemmenmeier einer der Köpfe hinter der Familieninitiative für höhere Kinderzulagen. Mit dem grossen Erfolg der Unterschriftensammlung bewies die SP erneut ihre Initiativfähigkeit. In zähen Verhandlungen gelang es, dem bürgerlichen Steuersenkungsprojekt wichtige sozialpolitische Impulse einzuschreiben. Heute erhält jede Familie pro Kind und Monate 30 Franken mehr, die Prämienverbilligung wurde nach Jahren des Abbaus wieder aufgestockt, die Kitas wurden gestärkt und damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert.

Schelmischer Trick

Im Kantonsrat trat Max Lemmenmeier Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung stets in aller Entschiedenheit entgegen. Seine klaren, mitunter scharfen Worte brachten auch ignorante politi-



Max Lemmenmeier, ein unentwegter Kämpfer.

sche Gegner*innen immer wieder in die Realität zurück. Legendär auch Max Lemmenmeiers bisweilen schelmische Art: Als Schmuggler eines Transparents des Klimastreikkollektivs signalisierte er seine Verbundenheit mit der klimabewegten Jugend. Das starke Zeichen: Die SP bringt euren Protest gegen die Klimaerhitzung im Kantonsrat ein. Im Rat hatte er sich dafür zu entschuldigen. Er tats auf eine Weise, welche die rechten Biedermänner als Immobilien- und Autolobbyisten und Klimaerhitzer blossstellte. Max Lemmenmeier hatte sich schon vor der Ära des Klimastreiks mit voller Schaffenskraft für die Überwindung von Kohle, Kerosin und Konsumexzess engagiert. Am Klimaparteitag 2018 in Sargans verabschiedeten die Delegierten eine Klimaresolution mit über 30 konkreten Forderungen zum sozialen und klimage-

rechten Umbau unserer Gesellschaft. Er war der zentrale Treiber dahinter.

Die Überwindung des Kapitalismus ist für Max Lemmenmeier eben nicht eine sozialistische Floskel aus dem 19. oder 20. Jahrhundert, sondern das konkrete Ziel, mit dem wir im 21. Jahrhundert aus dem fossilen Katastrophenkapitalismus herausfinden. Diese konsequente Haltung ist sein politisches Vermächtnis nach fünf Jahren: Mut zur Vision! Engagiert Euch für die Überwindung spätkapitalistischer Normen und Verhaltensmuster!

Viele Abwehrkämpfe

Wenn es an der Parteileitung in den letzten fünf Jahren etwas zu kritisieren gibt, dann vielleicht dies: In den vielen Abwehrkämpfen gegen die bürgerliche Sparpolitik und ihre Auswüchse im Spitalabbau oder in der Steuersenkung gelang es ihr nicht immer, den eigenen visionären Charakter an die erste Stelle zu setzen. Die Angriffe von Rechts auf den st.gallischen Sozialstaat und insbesondere auf die wohnortnahe und qualitativ gute Gesundheitsversorgung banden viel Kraft. Kraft, die Max Lemmenmeier aber willens und stets in der Lage war, aufzubringen. Weil er die Notwendigkeit erkannt hatte.

Auf die Kritik gewisser Medien an den angeblich «konservativen Genossen» entgegnete ich: Max Lemmenmeiers Politik folgt nicht wahltaktischen Überlegungen. Er wollte nie nur gefallen. Er wollte verändern. Er wollte immer überzeugen. Und blieb dabei stets den eigenen Werten der Aufklärung und der Sozialdemokratie treu.

► keine SUV mehr, keine Kurzstreckenflüge mehr, weil es umweltfreundliche Alternativen dazu gibt. Zwar wird es, wie beim Gurtenobligatorium, zu Beginn grossen Widerstand geben. Am Ende sind die Menschen aber froh, weil ihnen vernünftige Gebote das Leben erleichtern.

In meiner Tätigkeit ist mir bewusst geworden, dass viele Menschen uns wählen, dass sie aber öffentlich zu wenig für unsere Werte auftreten. Ich wünsche mir, dass alle unsere Mitglieder selbstbewusst auftreten. Denn was die Schweiz heute ist, ist das Werk der Sozialdemo-

kratie: gesichertes Alter, gesicherte Gesundheitsversorgung, Gesamtarbeitsverträge usw. SP-Mitglieder sollten mit Stolz und Selbstbewusstsein die sozialdemokratischen Ideen des sozialen Ausgleichs und eines fürsorglichen Service public vertreten.

«Es braucht Utopien, um SP-Ziele zu erreichen»

Andrea Scheck kandidiert für das Präsidium der SP Kanton St.Gallen. links hat sich mit ihr über ihre persönlichen Erfahrungen und politischen Ziele unterhalten.

links: Andrea, wer bist du politisch?

Andrea Scheck: Ich bin eine sozialistische Feministin. Ich verstehe mich als Sozialistin, weil ich in einer Welt leben möchte, die nicht mehr von einem grundlegend ungerechten Wirtschaftssystem dominiert wird. Und ich verstehe mich als Feministin, weil ich die Ungleichheiten überwinden möchte, die ich in meinem Leben und im Leben von anderen Frauen immer wieder erfahre. Für mich gehören beide Kämpfe untrennbar zusammen.

Wie bist du aufgewachsen, und was hat dich am meisten geprägt?

Meine Eltern trennten sich, als ich noch jung war. Meine Mutter war plötzlich alleinerziehend mit zwei Kindern. Trotz dieser grossen Belastung war es ihr immens wichtig, unabhängig zu bleiben und alles «allein» zu schaffen. Sie konnte nicht mehr zurück in ihren alten Beruf, den sie damals für uns Kinder aufgegeben hatte. So begann sie, in der Pflege zu arbeiten – einem Sektor, wo die Arbeitsbedingungen hart und die Löhne tief sind.

Woher kommt deine Sensibilität für Unrecht?

In dieser Zeit habe ich zwei Ungerechtigkeiten erlebt, die mich bis heute prägen: Einerseits, dass Arbeitende viel weniger bekommen, als sie verdient hätten, besonders in den harten «systemrelevanten» Berufen. Andererseits, dass Frauen bestraft werden, wenn sie die Rolle einnehmen, in die sie die Gesellschaft drängt. Zum Beispiel wird uns das Leben lang eingetrichtert, wir Frauen sollen

Mütter werden wollen. Aber wenn wir das tun, werden wir sofort bestraft durch extrem viel unbezahlte Care-Arbeit, Vorsorgelücken, finanzielle Abhängigkeiten! Ich habe also früh gelernt, dass es in unserem System sehr ungerecht zu und her geht. Diese Unzufriedenheit hat mich in die Politik gebracht.

Was motiviert dich für das Kantonalpräsidium?

Es gibt einiges, was die SP meiner Meinung nach noch mehr machen könnte: marginalisierte Gruppen ins Zentrum rücken, zugänglich für die Basis sein, Teil der aktuellen sozialen Bewegungen wie Klimastreik oder Frauenstreik werden. Und ich habe in den letzten zehn Jahren in der Politik immer wieder gemerkt: Bemängeln ist einfach, aber wenn einem etwas nicht passt, muss man aktiv werden, es selbst ändern! Ich habe mich darum nie gescheut, Verantwortung zu übernehmen, und so ist es auch jetzt.

Wie soll die SP im bürgerlich geprägten Kanton agieren?

Ich habe die Erfahrung gemacht, dass man provozieren muss, wenn man die herrschenden Meinungen aufbrechen will. Nur wenn man eine starke Utopie einbringt, bewegt und begeistert man Menschen. Gleichzeitig werden die Gegner*innen gezwungen, Kompromisse zu schliessen und dadurch einen kleinen Schritt in die richtige Richtung zu machen. Es ist als linke Kraft unsere Aufgabe, Visionen greifbar und die nötigen Schritte zu machen und dabei das grosse Ganze nie aus dem Blick zu verlieren. So gelingt es, Menschen zu mobilisieren.

Du bist stark in der Basisbewegung engagiert. Wie möchtest du diese Anliegen in die Kantonalpartei, in die ländlichen Gemeinden einbringen?

Ich finde, das können die Sektionen heute schon sehr gut. Beispielsweise die SP Toggengburg: Sie agiert in einer ländlichen Gegend, macht aber sehr linke Politik. Sie traut sich auch, Projekte wie das Referen-



Andrea Scheck: «Wenn einem etwas nicht passt, muss man aktiv werden!»

dum gegen die Spitalschliessung Wattwil anzugehen. Noch vor wenigen Monaten sagten alle, dies sei unmöglich und chancenlos. Es geht darum, dass die Sektionen bei Grundsatzfragen eine klare Linie haben und sich auch gemäss dieser positionieren – mit der Unterstützung der Kantonalpartei.

Welche Projekte und Ziele hast du für die Kantonalpartei?

Mir ist es wichtig, dass die Basis mehr Möglichkeiten hat, mitzuwirken. Mich hat schon früh begeistert, dass man in der SP überall mitbestimmen, an Parteitagen teilnehmen, in Gremien gehen, einfach alles prägen kann, was die Partei macht. Solche Möglichkeiten braucht es noch mehr und niederschwelliger. Beispielsweise wenn wir ein kantonales Sparpaket vorgeschützt bekommen: Der Kampf unserer Kantonsrät*innen ist dann ein Teil im Puzzle. Aber es braucht auch eine Kampagne auf der Strasse, eine Protestbewegung durch die Basis. Wir sollen gemeinsam bestimmen, wohin die SP gehen möchte. Dazu gehören auch Massnahmen, um die heute untervertretenen Gruppen in unserer Partei besser einzubeziehen. *Interview: Jenny Heeb*

Zur Person

Andrea Scheck ist 28 Jahre alt, stammt aus der Stadt St.Gallen und arbeitet als Technische Redaktorin. Aktuell ist sie Präsidentin der SP-Frauen Kanton St.Gallen sowie Mitglied im Vizepräsidium der SP Kanton St.Gallen. Ausserdem politisiert sie im St.Galler Stadtparlament als Vertreterin der Juso.

Verloren im Paradies

*Nichts bremst bis jetzt den schädlichen Steuerwettbewerb zwischen
Dabei hinterlässt er nur Verlierer, wie Politologin Karin Hasler am B*

Steuersenkungen, Gemeindedemokratie und der Kanton St.Gallen: Was haben sie alle gemeinsam? Es ist ganz einfach: Sie tendieren zum Minimum in beinahe allen Belangen. Was hat das zur Folge? Das möchte ich hier kurz skizzieren, auch wenn gegenwärtig andere Themen aktueller erscheinen. Doch letztendlich hat auch dies mit Pandemiebewältigung zu tun.



Von Karin Hasler, SP-Kantonsrätin, Balgach

Kein Spielplatz, kein Biotop

Im St.Galler Rheintal gibt es fünf von insgesamt dreizehn Gemeinden, die einen Steuerfuss von weit unter 100 Prozentpunkten haben: Balgach, Widnau, Au, Diepoldsau und Berneck. Damit gehören sie zu den steuergünstigsten im Kanton, allen voran Balgach mit bald rekordtiefen 67%! Balgach hat zwar ein Hallenbad, aber weder einen anständigen Spielplatz noch einen Dorfplatz, keine Biotop, keine öffentliche Spielgruppe, Flüchtlingskinder dürfen nicht in die Kita, E-Bike-Wege werden nicht markiert, der Bodenpreis ist extrem hoch und Eigentumswohnungen sind überbeuert.

Balgach kennt keine Biodiversitätsinseln, vernachlässigt den Gewässerschutz, hat kein richtiges Glasfasernetz, kein Konzept zur Frühen Förderung von Schulkindern und hat ausser Lebensmittelläden keine Geschäfte mehr. Aber die Strassen werden erneuert und wöchentlich geputzt, auch der Hochwasserschutz ist detailliert geplant. Und ach ja, es gibt auch noch einen Skaterpark – aber hinter Gittern.

Solidarität spüren

Alle dürfen nun selbst entscheiden, ob sie in Zukunft in einer solchen Gemeinde wohnen möchten. Die Frage ist: Was wird wichtig sein in Zukunft? Falls uns die Globalisierung weiterhin mit Pandemien heimsucht, wäre es zumindest hilfreich, wenn es Einkaufsmöglichkeiten im Dorf gäbe, wenn es Bewegungsräume gäbe und

mehrere Spielplätze. Nicht jeder hat einen Pool und einen riesigen Garten. Wenn ältere Menschen und Jüngere draussen Begegnungsorte hätten, wenn Kinder mit Förderbedarf diese Förderung im Dorf bekämen und vor allem wenn der Natur- und Umweltschutz ernst genommen würde, wenn das Dorf wieder aufleben würde, ja dann hätte ich ein besseres Gefühl für die Zukunft.

Die Coronazeit hat gezeigt und zeigt immer noch, dass es Situationen gibt, in denen wir ganz besonders auf eine funktionierende und gut ausgebaute lokale Infrastruktur angewiesen sind. Sie hat auch gezeigt, dass die Einkommens- und Armutsschere weiter auseinanderklafft. Sie zeigt mehr denn je, dass es den Jugendlichen schlecht geht und dass viele Menschen in Einsamkeit leben müssen, weil es im Dorf keine Begegnungsmöglichkeiten gibt. Das Dorf hätte viele Menschen dazu bringen können, wieder vermehrt Solidarität zu spüren. Aber hinter den Türen versteckt sich viel Einsamkeit.

Egoismus der Gemeinden

Steuersenkungen sind auch sonst der Solidarität nicht förderlich und nicht fair den anderen Gemeinden gegenüber. Werden die Steuern systematisch gesenkt, wie in Balgach, werden damit Gutverdienende angezogen. Das erhöht unter anderem die Boden- und Mietpreise. Dies wiederum vertreibt wenig Verdienende, Bildungsferne, Alleinerziehende, betagte Menschen, Migrant*innen und Flüchtlinge. Die Gemeinde macht keinen Hehl aus ihrer Politik. Es ist klar, was sie will.

Die Folge davon ist ein mörderischer Wettbewerb zwischen reichen und armen Gemeinden, der nur Verlierer*innen hinterlässt. Gewinnen kann niemand, denn das Leben entsteht dort, wo es Vielfalt, Integration und Solidarität gibt. Und ausreichende Steuereinnahmen sind wichtig für Bildung, soziale Wohlfahrt, Naturschutz, Frühe Förderung, Integration, öffentliche Infrastruktur, Dorfplätze, Kunst und Kultur. Doch dieser Wettkampf zwischen reichen und armen Ge-



Balgach hält viel auf tiefe Steuern, aber die soziale Infra-

meinden geht unvermindert weiter. Auch im Kantonsrat gibt es keine starken Interessen für einen besseren Steuerausgleich. Ein massgebender Teil der Kantonsräte ist ja Gemeindepräsident und vertritt dort nur die eigenen Interessen. Das haben die letzten Sessions wieder deutlich gezeigt. Dies ist ein wichtiger Grund, warum sich der Kanton St.Gallen nicht vorwärts bewegt. Das Steuerspiel wird auch kantonal gespielt: Die rechtsbürgerliche Mehrheit bringt Sparpakete durch und beschenkt nachher die Reichen mit Steuersenkungen. Das hat nichts mit Solidarität zu tun. Es schadet allen, weil sich so die Schere zwischen Arm und Reich und armen und reichen Gemeinden noch weiter öffnet. Das desintegriert die gesamte Gesellschaft und schafft schlechte Voraussetzungen für soziale Mobilität, Integration, Demokra-

den Gemeinden im Kanton St.Gallen. Beispiel der Rheintaler Gemeinde Balgach vor Augen führt.



Bild: Karin Hasler

Struktur ist hoch defizitär.

tie und Pluralismus. Die Pandemie verstärkt diesen Prozess. Am meisten aber bestärkt es die Allmacht der Gemeindepräsidenten, die oft im Alleingang bestimmen, was in einem Dorf läuft und was nicht.

Natürlich freuen sich die meisten über (noch) tiefere Steuern. Aber seien wir ehrlich: Wir wissen auch, dass die meisten Leute bestenfalls zum Mittelstand gehören und mit Steuergeschenken hauptsächlich den Reichen geholfen wird. Und reiche Menschen brauchen keine vielfältige öffentliche Infrastruktur. Sie können sie nämlich selbst kaufen. Wo ist also die Grenze von ethisch noch vertretbaren minimalen Gemeindesteuern? Sollte es für Gemeinden einen minimalen Steuerstandard geben? Stellen wir uns vor, Pandemien würden häufig vorkommen und bald zu unserem

Alltag gehören wie der Hochwasserschutz, und dies in einer Zeit, in der die Landwirtschaft die Umwelt weiter belas-

tet. Und wir dann nirgends hin können und im Dorf bleiben müssen. Sind wir dann nicht «lost in paradise»?

Schlussspurt gegen die Spitalschliessungen

Am 13. Juni müssen wir den Abstimmungskampf gegen die Schliessung des Spitals Wattwil gewinnen. Der Einsatz Aller ist dringend erforderlich.

Dem Toggenburg droht ohne das Spital Wattwil als medizinischer Ankerbetrieb eine massive Gesundheitsunterversorgung. Hausärzt*innen warnen nicht nur vor den weiten Wegen im medizinischen Notfall oder beim Besuch von Verwandten, sondern auch von einem akuten Mangel an Hausärzt*innen im Toggenburg, da diese sehr eng mit dem Spital Wattwil verbunden sind. Weiter droht der Verlust von 250 Arbeitsplätzen im Gesundheitswesen, obwohl bereits heute ein Mangel an Pflegepersonal besteht. Auch ist das Spital

Wattwil ein wichtiger Wirtschaftsfaktor einer strukturschwachen Region.

Die SP Kanton St.Gallen ist solidarisch mit der Bevölkerung in allen Teilen des Kantons und kämpft deshalb gegen die Schliessung des Spitals Wattwil. Denn wenn es heute das Toggenburg trifft, kann es schon morgen die nächste Region treffen. Um die Abstimmung vom 13. Juni zu gewinnen, ist der Einsatz von Sozialdemokrat*innen im ganzen Kanton notwendig. Ob in Form von Leser*innenbriefen, Posts auf sozialen Medien oder dem Verteilen von Flyern auf der Strasse – jede Unterstützung ist herzlich willkommen. Danke für die Solidarität. (sp)

Mehr Infos: www.nein-zur-schliessung.ch

So fördern wir Frauen in der SP

Auch in der SP muss mehr für die feministische Förderung von Frauen getan werden. Dafür gibt es gute Instrumente.



Von Ronja Stahl,
Vorstandsmitglied
SP Frauen Kanton
St.Gallen

Eine Partei, die nicht feministisch ist, kann auch nicht links sein. Darum engagiert sich die SP nicht nur politisch konsequent für feministische Anliegen, sondern leistet auch von allen Parteien wohl am meisten, um Frauen innerhalb der Partei zu stärken. Dennoch sind wir noch nicht am Ziel: Immer noch werden Frauen auch in Sitzungen und Versammlungen der SP öfter unterbrochen und kommen weniger zu Wort. Immer noch werden ihre Ideen nicht gehört oder von Männern als deren eigene verkauft.

Immer noch übernehmen Frauen tendenziell die unsichtbaren Aufgaben im Hintergrund. Und immer noch kommt es auch innerhalb der SP zu sexistischen und diskriminierenden Handlungen. Kurz: Politik zu betreiben ist auch für Frauen in der SP immer noch mit systematischen Hindernissen verbunden. Unsere Aufgabe als Sozialist*innen ist es, solche patriarchalen Muster endlich zu durchbrechen.

Es braucht Regeln

Doch wie kann dies erreicht werden? Dieser Artikel bietet einige einfachen Massnahmen, die in den Sektionen umgesetzt werden können und Frauen unterstützen. Generell: zu Beginn einer Diskussion Gesprächsregeln formulieren und deren Sinn erklären. Dies führt dazu, dass Frauen merklich seltener unterbrochen werden. Sitzungen und Veranstaltungen nicht immer zur gleichen Zeit durchführen: Durch das Alternieren von Terminen – mal am Mittag, mal am Abend, mal unter der Woche, mal nicht – kann gewährleistet werden, dass auch Personen mit Care-Arbeit die Möglichkeit haben, bei einer Veranstaltung dabei zu sein.

Bei Veranstaltungen: bei grösseren Anlässen eine Kinderbetreuung organisieren, sodass auch Alleinerziehende ohne Aufwand teilnehmen können. Wichtig: Diese Betreuung sollte nicht von

Frauen organisiert werden müssen. Bei Versammlungen die Redner*innenliste nach dem «Reissverschluss-Prinzip» führen, wodurch immer abwechselungsweise einem Mann und einer Frau das Wort erteilt wird. Damit kommen Frauen, die sich melden, auch zu Wort.

Ans öffentliche Reden gewöhnen

Für geplante Voten (Inputs, Vorstellen von Anträgen usw.) möglichst oft Frauen anfragen. Bei wenig riskanten Themen (z.B. Parolenfassungen) können auch Frauen ausserhalb des Vorstands angefragt werden. Dadurch werden gute Gelegenheiten geschaffen, um im kleinen Rahmen ein vorbereitetes Votum zu halten und sich so ans öffentliche Reden zu gewöhnen. Ablauf und Durchführung von Versammlungen hinterfragen: Zum Beispiel könnten Diskussionen öfter in Kleingruppen geführt werden, was es weniger «lauten» Personen erleichtert, zu Wort zu kommen.

Bei der Kandidatinnensuche: die Nachfolgeplanung in Gremien transpa-

rent und frühzeitig besprechen. Das lässt genügend Zeit, aktiv Frauen anzusprechen. Langfristig planen: Wir sind jetzt z.B. am perfekten Zeitpunkt, um Frauen zu suchen, die grundsätzlich Interesse an einer kantonalen oder kommunalen Kandidatur hätten, und das Gespräch mit ihnen zu suchen. Das Ressort Gleichstellung/Frauenförderung im Vorstand schaffen: Dadurch kann sich eine Person auf das Suchen und Fördern von geeigneten Frauen konzentrieren, und das Thema geht sicher nicht vergessen.

Grosser Effekt

Dies sind nur einige Massnahmen, die jedoch bereits einen grossen Effekt haben können. Es ist klar, dass die Umsetzung Zeit und Ressourcen benötigt. Doch nur mit konsequenter Förderung und Ermutigung von Frauen können wir unserem feministischen Anspruch gerecht werden. Für weitere Inputs stehen allen das Sektionshandbuch «Frauenförderung» der SP Schweiz oder die SP Frauen St.Gallen zur Verfügung!

Sich in Debatten und bei Entscheidungen durchzusetzen, will gelernt sein.





Bild: links

Eine AHV-Revision auf Kosten der Frauen ist politisch absturzgefährdet.

AHV: Bürgerliche stellen sich blind

Die Reform AHV21 steuert auf den Absturz zu. Das zeigen die Diskussionen in der Kommission des Nationalrats.



Von Barbara Gysi, SP-Nationalrätin, Wil

Seit mehr als 25 Jahren war keine AHV-Reform mehrheitsfähig. Aus den früheren Abstürzen der AHV-Vorlagen scheinen die Bürgerlichen aber nichts gelernt zu haben. Bereits zum vierten Mal wollen sie das Frauenrentenalter auf 65 Jahre erhöhen. Doch ohne genügende Kompensation geht gar nichts.

Die nationalrätliche Sozial- und Gesundheitskommission hat zwar in Franken einen höheren Betrag als Kompensation vorgesehen als der Ständerat. Aber die Lösung ist dennoch völlig ungenügend. Nur sechs Frauenjahrgänge sollen davon profitieren. Zudem bestätigt die Kommission die vorgesehenen Verschlechterungen bei der Flexibilisierung für alle. Diese sollen erst ab 63 Jahren gewährt werden.

«Kä Luscht» zu diskutieren

Die Diskussion mit uns wurde in der Kommission glatt verweigert. Dies mit dem Argument, wir Linken würden die Vorlage ja sowieso ablehnen. Unseriös ist auch das Schnellzugstempo, mit dem die Vorlage durchgepaukt wurde. Statt vertieft zu diskutieren, wie das in Kommissionen üblich ist, wurden die meisten unserer Anträge auf zusätzliche Informationen über mögliche Mehreinnahmen einfach vom Tisch gewischt. Die Kommission wollte also keine Informationen zu Mehreinnahmen durch die Negativzin-

sen der Nationalbank, zu AHV-Beiträgen auf Dividenden oder auch zur Unterstellung von Krankentaggeldern unter die AHV-Pflicht. Auch wurde unser Rückweisungsantrag abgelehnt, zuzuwarten, bis die Verbesserungen für die Frauen in der 2. Säule (berufliche Vorsorge) beschlossen sind.

Länger chrampfen für die Rente?

Es sei eine kleine Revision, und die Zeit sei jetzt reif für die Erhöhung des Frauenrentenalters, meinten SVP, FDP und Mitte (in St.Gallen heissen sie noch CVP) unisono. Die Frauen lebten ja schliesslich auch länger und seien in der AHV nicht benachteiligt, hiess es. Da frage ich mich schon: In welcher Welt leben diese Leute eigentlich? Die Lohngleichheit ist noch nicht erreicht, Frauen sind immer noch massiv unterbezahlt, und die Lohnunterschiede sind in den letzten fünf Jahren gar noch grösser geworden. Die Frauenrenten liegen im Schnitt fast 60% tiefer als diejenigen der Männer. Und gerade jetzt den Frauen, die im Verkauf oder in der Pflege zu schäbigen Löhnen hart arbeiten und in der Pandemie einen Rieseneffort leisteten, zu sagen, ab nächstem Jahr müsst ihr dann länger chrampfen für eure Rente, ist schlicht und einfach skandalös.

11% der Frauen sind schon bei der Pensionierung auf Ergänzungsleistungen angewiesen. Da helfen auch unsere paar Verbesserungsvorschläge, die durchgekommen sind, wenig. Die Rentenzuschlä-

ge der Übergangsgeneration dürfen die Ergänzungsleistungen der Betroffenen nicht schmälern, und die Wartefrist bei der Hilflosenentschädigung wird auf drei Monate verkürzt. Insgesamt ist diese Vorlage schlicht ungenügend.

Ein Blick zurück zeigt, dass eine Revision mit einer Rentenaltererhöhung nur mit sehr guten Kompensationsmassnahmen gelingen kann. Vorlagen mit mickrigen Kompensationen von 32 bis 56% fielen durch. Und jetzt glauben die Bürgerlichen, dass sie die Frauen mit lausigen 40% abspesen können? Das wird nie und nimmer gelingen.

Verweigerungshaltung

Die bürgerliche Verweigerung, keinerlei Alternativen zur Zusatzfinanzierung der AHV heranzuziehen, ist schon beachtlich. Dabei gäbe es solche zuhauf: etwa die Gewinne der Nationalbank aus den Negativzinsen in die AHV zu leiten oder auch Dividenden der AHV-Pflicht zu unterstellen. Die SNB-Negativzinsen für die AHV zu streichen war im Juni 2020 im Nationalrat mehrheitsfähig. Damals hatten wir mitgeholfen, eine SVP-Motion zu überweisen. Jetzt hat die SVP unseren Antrag abgelehnt.

So geht es nicht. Statt Abbau in der AHV wollen wir Verbesserungen. Die 13. AHV-Rente ist eine dieser Forderungen. Wir verlangen anständige Frauenrenten für alle. Eines ist klar: Diese AHV21-Vorlage wird es sehr schwer haben in der Volksabstimmung.

Aktiv gegen Diskriminierung

Die St.Galler SP will eine Anlaufstelle schaffen, an die sich alle Menschen wenden können, die von Diskriminierung betroffen sind.



Andrea Scheck, Präsidentin SP-Frauen Kanton St.Gallen

Die SP versteht sich als Partei der Gleichstellung aller Menschen – unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion, Beeinträchtigungen, Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung und ökonomischer Stellung. Egal ob im Kampf für das Frauenstimmrecht, für gerechte Löhne für Arbeiter*innen, für die Abschaffung des Saisonierstatuts oder für die gleichen Rechte für die LGBTI-Community – seit unserer Gründung kämpfen wir gegen die vielen Formen der Ungleichheiten, die in unserer Gesellschaft und im Kapitalismus tief verwurzelt sind.

Nie ganz frei

Wir sind uns bewusst, dass auch wir Teil dieser Gesellschaft sind und somit nie ganz frei von Vorurteilen sein und handeln können. Doch was unsere Partei auszeichnet, ist die Tatsache, dass wir immer wieder hinterfragen, wo wir unseren Ansprüchen noch nicht gerecht werden. So nutzen wir innerhalb unserer Partei

und Bewegung bereits seit langem Instrumente wie z.B. Quoten, eigene Wahllisten oder parteiinterne Untergruppen, um unterrepräsentierte Personengruppen zu stärken.

Fälle von Diskriminierung innerhalb unserer Partei, egal ob in einer offenen Handlung oder eher subtil ausgedrückt, nehmen wir immer ernst. Wir wollen bei solchen Vorfällen weder wegschauen noch versuchen, das Geschehene zu beschönigen. Stattdessen müssen wir Diskriminierung unmissverständlich benennen, ihr sofort entgegenreten und ein Klima schaffen, in dem sie gar nicht erst vorkommt.

Da wir heute dieses Ziel noch nicht erreicht haben, ist es uns ein Anliegen, dass von Diskriminierungen betroffene Parteimitglieder mit ihren Erfahrungen nicht allein sind. Aus diesem Grund beantragt die Geschäftsleitung dem nächsten Parteitag im Juni die Schaffung einer parteiinternen Anlaufstelle bei Diskriminierung. Diese Anlaufstelle soll Betroffenen von Diskriminierung zuhören, sie beraten, ihnen zur Seite stehen und sie über mögliche Schritte in-

formieren, mit dem Ziel, dass die Situation geklärt und das diskriminierende Verhalten unterbunden wird. Dazu kann sie innerparteiliche Gespräche organisieren, externe Fachpersonen beiziehen und den Betroffenen oder zuständigen Verantwortungsträger*innen zielgerichtete Massnahmen vorschlagen. Wichtig ist, dass alle Schritte im Einverständnis mit den Betroffenen erfolgen.

Die Anlaufstelle soll mit drei Personen besetzt werden, welche die Diversität in unserer Partei abbilden und vom nächsten Parteitag gewählt werden. Mithilfe einer entsprechenden Schulung und einem Reglement für ihre Arbeit, das dem Parteitag ebenfalls vorgelegt wird, soll bei Fällen von Diskriminierungen strukturiert und zielgerichtet vorgegangen werden.

Klima der Ermutigung

Ziel der Schaffung einer Anlaufstelle gegen Diskriminierung ist nicht, Einzelpersonen für ihre Handlungen anzugreifen, blosszustellen oder zu sanktionieren. Stattdessen möchten wir einen weiteren Schritt in Richtung eines Parteiklimas machen, das für alle Mitglieder angenehm, sicher und ermutigend ist, um sich zu engagieren. In diesem Sinne wurden und werden ähnliche Stellen auch in anderen Sektionen und auf der Ebene der SP Schweiz geschaffen.

Parteitag vom 26. Juni

Am 26. Juni, 8.30-16 Uhr, findet in der Aula der Kantonsschule Heerbrugg der Parteitag der SP St.Gallen statt. Unter anderem steht die Wahl einer neuen Parteipräsidentin und zwei neuer Vizepräsident*innen auf der Traktandenliste. Am Nachmittag finden ein Podium und Workshops zum Thema «Politik der Vielfalt» statt. Dazu begrüßen wir als Gäste Anna Rosenwasser, Roland Eberle, Jessica Brandenburger und Angelo Maiolino. Gemeinsam wollen wir das «Leitbild Diversity» verabschieden. Zum Abschluss des Parteitags spricht SPS-Co-Präsidentin Mattea Meyer live zu den Delegierten. (gb)



Bild: iStock.com

Viel beschäftigte Veteran*innen

Die Gruppe 60plus der SP St.Gallen ist aktiv und will es auch weiterhin bleiben.

Diesen Frühling klingelte bei vielen Mitgliedern von SP 60plus das Telefon. Am Draht waren der frühere Präsident Hansueli Baumgartner, die neuen Co-Präsident*innen Bernadette Wang und Beat Steiger sowie weitere SP 60plus-Mitglieder. Wegen Corona fiel nämlich die Frühlingsveranstaltung aus.

Solidarität bleibt Trumpf

Die Gespräche zeigten auf, welche spannende Gruppe die 60plus-Mitglieder der SP St.Gallen bilden. Während die einen noch sehr aktiv in ihren Sektionen mitmischen, arbeiten andere punktuell mit, z.B. an Standaktionen oder im Wahlkampf. Wieder andere widmen sich ihren Enkel*innen oder auch den eigenen, hochbetagten Eltern, machen Quartier-

oder Vereinsarbeit oder frönen Interessen, die bisher zu kurz kamen.

Aus den Gesprächen wurde auch klar, dass nach der Pensionierung die Werte der Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit weiterhin hochgehalten werden. Auch bei gesundheitlichen Beschwerden oder durch den Verlust von Angehörigen oder Freund*innen bleiben viele aktiv und zuversichtlich. Der Wille ist da, bei Unterstützungsbedarf auch Hilfe anzunehmen und sich nicht aus falscher Scham mit berechtigten Ansprüchen zurückzuhalten.

Was die Telefonaktion ergab

Wir nehmen mit Freude zur Kenntnis, dass die meisten SP 60plus-Mitglieder lokal gut vernetzt sind und dass sie sich

weiterhin vor Ort in der Sektion, in der Gemeinde und in ihrem Umfeld engagieren. Die Mitgliederliste von SP 60plus ist unvollständig. Einzelne Mitglieder konnten telefonisch gar nicht kontaktiert werden. Sorry! Die Liste wird umgehend aktualisiert. Wir halten an den zwei SP 60plus-Anlässen fest und werden (wenn nicht Corona oder sonst was uns davon abhält) jeweils einen Frühlings- und einen Herbstanlass organisieren, mit einem gesellschaftlichen und politischen Programmteil. Die Rückmeldungen zeigen, dass die vom bisherigen Präsidenten der SP 60plus, Hansueli Baumgartner, organisierten Anlässe jeweils grossen Anklang fanden.

Bernadette Wang, Beat Steiger

Das neue Präsidium von SP 60plus St.Gallen stellt sich vor

Bernadette Wang: «Meine SP-Laufbahn begann in Speicher AR, als ich in den Schulrat gewählt wurde. Wir waren damals eine kleine aktive Gruppe, die mit Erfolg versuchte, sich in diesem faktischen Ein-Parteienkanton zu profilieren. Durch meine berufliche Tätigkeit als Psychiaterin im Bereich Sozialpsychiatrie (Leitung Psychiatrisches Ambulatorium für Erwachsene in St. Gallen) kam ich in engen Kontakt mit gesellschaftlichen Realitäten, die nach politischem Handeln auf politischer Ebene verlangten.

Von 2003 bis 2007 war ich Mitglied im St.Galler Kantonsrat. Privat war ich Initiatorin eines Projekts für alternative Wohnformen im Alter, das in der Stadt St. Gallen realisiert werden konnte. Aktuell bin ich als ärztliche Fachperson Mitglied in der Verwaltungsrekurskommission des Kantons St. Gallen und engagiere mich als Kursleiterin in der Pro Senectute.»

Beat Steiger: «Vor der Pensionierung war ich Lehrer für Philosophie und Deutsch an der Kantonsschule am Burggraben, ab 2002 an der Kanti Wil. Zudem war ich bei der Gründung des Wiler Forums für Nachhaltigkeit im Jahr 2005 dabei. Mitglied des Komitees der Unesco-assoziierten Schulen der Schweiz und der Schweizerischen Unesco-Kommission. Auch war ich Mitglied und später Präsident der Pädagogischen Kommission Mittelschulen SG.

Nach der Pensionierung bin ich vor allem Familienmensch. Meine Interessen liegen bei der nachhaltigen Politik und der Gerontologie (CAS Gerontologie heute, Universität Zürich 2020/2021). Sodann engagiere ich mich weiterhin im Wiler Forum sowie im Netzwerk Alter-Nachhaltig Unterwegs, ferner im Kantonalen Seniorenrat, als Redaktor Seniorweb sowie in der Philosophischen Praxis Philoweb.»



Bernadette Wang und Beat Steiger leiten neu die SP-Gruppe 60plus.

Service

Aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie ist es schwer, Veranstaltungen und Anlässe zu planen. Deshalb werden wir euch weiterhin mittels Newsletter und Internet über künftige Anlässe und Veranstaltungen informieren.

Vorstösse von SP-PolitikerInnen (20. Januar 2021 – 19. Mai 2021)

Einfache Anfrage:

Maria Pappa et al.: Wertschätzung für unser Pflegepersonal
Monika Simmler, Bettina Surber: St.Galler Impfstrategie: Wie wird ein gerechtes Vorgehen sichergestellt?
Guido Etterlin: Haben Regierung und Universitätsrat bei der Wiederanstellung von Dozent Rüegg-Stürm versagt?
Monika Simmler: Ostwind-Firmenabo: Erweiterung des Angebots auf alle Staatsangestellten?
SP-Fraktion: Leitung der Berufsfachschulen: Wo sind die Frauen?
SP-Fraktion: Polizeiliche Interventionen: Rechtsgleichheit bei der Interessenabwägung
Dario Sulzer: Lockerung des Besuchsverbots in Spitälern
Martin Sailer: Man erfährt es in einer «Reporter»-Sendung auf SRF 1 auf der Skipiste
Karin Hasler: Die Software «Oecocalc – Abgeltung von ökologischen Leistungen» soll kostenfrei sein für die Landwirtschaft
Bernhard Hauser et al.: Klassenassistenzen statt pädagogisches Fachpersonal?
Monika Simmler: Frauenförderung bei der Kantonspolizei: Welche Massnahmen wurden ergriffen?

Motion:

Bernhard Hauser et al.: Abbau von Sprachbarrieren vor dem Schuleintritt
SP-Fraktion: Das Versprechen einhalten – mehr Mittel für die ordentliche IPV einsetzen

Interpellation:

Andrea Schöb et al.: St.Gallen vernachlässigt seine Musikvereine im Vergleich zu anderen Kantonen. Wird Bundesrecht

zur Kurzarbeitsentschädigung korrekt angewendet?
Daniel Baumgartner, Karin Hasler, Remo Maurer: Corona-Folgen abfedern: Angebote für Jugendliche und Angebote für psychische, psychosoziale wie physische Gesundheit im Kanton St.Gallen wirksamer gestalten
SP-Fraktion: Corona-Pandemie: mit klarer Strategie Wiederanstieg der Fallzahlen verhindern
SP-Fraktion: Universität St.Gallen: Reputationsschaden rasch eindämmen
Karin Hasler: Pandemie-Prävention: Zoonosen (z.B. Corona) und Antibiotikaresistenzen bedrohen unsere Generation
Martin Sailer: Illegale Hundimporte
Christoph Thurnherr et al.: Projektorganisation Berufsschul-landschaft St.Gallen
Josef Gähwiler: Ausländische Kulturvereine – wichtige Integrationshelfer in finanziellen Nöten
Maria Pappa, Katrin Schulthess: Zugangserleichterung für IPV-Anspruch für Menschen mit Einschränkungen
Karin Hasler: CO₂-Belastung und Klimakrise durch Futtermittelimport, Fleischkonsum und -produktion: Wo steht der Kanton St.Gallen?
Josef Gähwiler, Karin Hasler, Katrin Schulthess: Pandemie, Klimakrise und Jugendmitsprache: Partizipation als Schlüssel für eine gestärkte Zukunft
SP-Fraktion: Positiver Rechnungsabschluss 2020 und unsichere Konjunkturprognose: Unterstützt die Regierung ein Sparpaket-Moratorium?
SP-Fraktion: Spitalstrategie: Was kommt noch?
SP-Fraktion: Negative Rechnungsergebnisse der Spitalverbände dürfen nicht zu weiteren Spitalschliessungen führen
Dario Sulzer: Ein Lehrspital für den Kanton St.Gallen?
Bettina Surber: Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ist in Zeiten von Covid-19 wichtiger denn je!
Ruedi Blumer: Rechtsabbiegen bei Rot für Velos

SP-Fraktion: Umsetzung Sparpaket: Was plant die Regierung?
Josef Gähwiler, Karin Hasler: Vollzugshilfe ökologischer Ausgleich: Ausnahmen bei Bodenverbesserungen werfen Fragen auf
Peter Jans et al.: Überprüfung von weiteren geeigneten Flächen für den Ausbau von Fotovoltaikanlagen
SP-Fraktion: Steuerkompromiss umsetzen: Ausfälle aus dem Eigenkapital kompensieren
SP-Fraktion: Spitalstrategie: Was geschieht mit den Immobilien?
SP-Fraktion: Fortgesetzte Finanzskandale bei der Credit Suisse: Ist die strategische Partnerschaft der Universität mit der Grossbank verantwortlich?

Anzeige

Der Mietrechtliche Mieterverband hilft!

MV
Mieterinnen- und Mieterverband Ostschweiz
www.mieterverband.ch
071 222 50 29
ostschweiz@mieterverband.ch

Impressum

Klartext zur Politik im Kanton St.Gallen.
Erscheint mindestens 4x jährlich.
Mitglieder-Magazin der SP des Kantons St.Gallen, Postfach, 9001 St.Gallen, Telefon 071 222 45 85, info@sp-sg.ch

Redaktion:

Hansueli Baumgartner, Guido Berger-Bolt, Ralph Hug u.a.
Layout: Hannah Traber
Druck: Niedermann Druck AG, St.Gallen

